

DIE LINKE
Bundesgeschäftsstelle

DIE LINKE.

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
Elena Hofmann | Referentin für EU-Klima- und Energiepolitik
Geschäftsstelle
Marienstr. 19-20
10117 Berlin

Per Mail: elena.hofmann@dnr.de

Helge Meves
Bereich Strategie & Grundsatzfragen
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Telefon: 030 2 40 09-353
Telefax: 030 2 41 10 46

wahlprüfsteine@die-linke.de
helge.meves@die-linke.de
www.die-linke.de
Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731
BIC: BELADEBEXXX

Wahlprüfsteine Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Berlin, den 7. Mai 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Elena Hoffmann,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und nach unserem Telefonat heute sende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen gerne zu

mit freundlichen Grüßen

Helge Meves

Die Europäische Union (EU) muss sich schnell und konsequent auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten machen.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Prioritäten der EU konsequent an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden und die EU verbindliche Maßnahmen beschließt, um die Ziele bis 2030 zu erreichen?

Demokratisierung und Nachhaltigkeit

Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU verhindert progressive Politik. Werden Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat hinwirken, um die EU handlungsfähiger zu machen?

DIE LINKE fordert Steuergerechtigkeit und befürwortet daher die Abschaffung der in den EU-Verträgen verankerten Einstimmigkeit in der Steuerpolitik, die wirksame Reformen gegen Steuerhinterziehung und – Vermeidung verhindert: Jährlich entgehen den EU-Staaten hunderte Milliarden Euro durch (illegale) Steuerhinterziehung und (legale) Steuervermeidung. Konzerne wie u.a. Apple, Amazon, Google und Superreiche profitieren vom Steuerdumping und legalen Möglichkeiten, Profite aus den Ländern, wo sie erwirtschaftet wurden, abzuziehen und stattdessen in Niedrigsteuerländern zu versteuern. Steueroasen, die aggressiv Steuerdumping betreiben und durch laxe Finanzmarktregulierungen Steuerhinterziehung und Geldwäsche ermöglichen, gibt es auch in der EU. Deshalb begrüßt DIE LINKE in der Steuerpolitik das Mehrheitsprinzip, um einzelnen EU-Staaten ihre Veto-Position zu entziehen. Nötig sind darüber hinaus wesentlich umfassendere Transparenzregelungen, verbindliche Mindeststeuersätze, das Verbot aggressiver Steuermodelle und verschärfte Sanktionsinstrumente gegen Staaten, Finanzmarktakteur*innen und Unternehmen. Dagegen hält DIE LINKE in der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik am Einstimmigkeitsprinzip.

Demokratisierung und Nachhaltigkeit

Werden Sie sich für die konsequentere Umsetzung der Aarhus-Konvention einsetzen und sich den Versuchen einiger Mitgliedstaaten entgegenstellen, öffentliche Partizipation besonders auch in Umweltfragen einzuschränken?

Ja. DIE LINKE drängt im Europaparlament, ebenso wie im Bundestag, darauf, dass die Aarhus-Konvention umfassend umgesetzt wird. Dazu gehört für uns die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung der Verbandsklagerechte und selbstverständlich der Zugang zu Umweltinformationen.

Klima und Energie

Mit dem letzten Dürresommer hat die Klimakrise auch im Bewusstsein der Menschen endgültig Europa erreicht: Ernteschäden, Kraftwerke, denen Kühlwasser fehlte, eine Binnenschifffahrt, die auf dem Trockenen lag und Waldbrände waren die Folgen. Was wird Ihre Partei dafür tun, um die internationalen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten?

Ja. Die bestehenden Ziele, Regularien und Instrumente der EU sind weit entfernt davon, diesem Ziel zu dienen. Darum brauchen wir einen europäischen Klimaschutzplan. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen sein. Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden – bürgernah. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage. Wir

verlagern einen Großteil des Güterverkehrs und innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene. Wir fördern autofreie Innenstädte und investieren in Bus und Bahn. Im ticketlosen und flächendeckend gut ausgebauten barrierefreien ÖPNV fahren alle mit.

Werden Sie die Forderung nach einer treibhausgasneutralen EU bis spätestens 2050 unterstützen und einer entsprechenden nötigen Verschärfung des europäischen Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 zustimmen?

Ja, wir stehen zur Umsetzung der Klimaschutzziele von Paris. Allerdings wird es infolge verschleppten Handels der Mitgliedstaaten (auch Deutschlands), der EU-Kommission und auch des EU-Parlaments immer schwieriger, die Ziele zu erfüllen. Um die Erderwärmung auf 2 Grad, möglichst 1,5 Grad über vorindustrielle Werte zu begrenzen, sind enorme Anstrengungen nötig. Die EU-Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen müssen bis 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und hauptsächlich dezentral organisiert sein, 2050 muss die EU treibhausgasneutral sein.

Klima und Energie

Setzen Sie sich für einen effektiven und sozial gerechten CO2-Mindestpreis ein?

DIE LINKE hält eine CO2-Bepreisung für notwendig und angemessen, sofern sie in ein Konzept der sozialen Absicherung eingebettet ist. Wir fordern einen CO2-Mindestpreis im Emissionshandelssektor mindestens für Deutschland und seine Stromnachbarn (möglichst aber europäisch). Gleichzeitig sollte die Stromsteuer auf den europäischen vorgegebenen Mindestsatz abgesenkt (also faktisch abgeschafft) werden. Die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung sind an die Bürger*innen rückzuverteilen.

Klima und Energie

Setzen Sie sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende für eine Reduktion des Flugverkehrs durch eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin und Flugtickets ein?

Ja, das unterstützt DIE LINKE. Es ist ein Unding, dass Kerosin bis heute steuerfrei ist, obwohl Flugreisen eine dramatisch schlechtere Klimabilanz haben als Bahn, Busse und selbst Autofahrten.

Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

Unser wachsender Ressourcenverbrauch geht mit erheblichen ökologischen Belastungen wie dem Verlust der Artenvielfalt, der Belastung der Gewässer sowie steigenden Treibhausgasemissionen einher. Die EU muss deshalb die Vorreiterinnenrolle für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einnehmen.

*Setzen Sie sich für verbindliche Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner*in sowie für fiskalpolitische Instrumente ein, z.B. eine Materialinputsteuer, um den absoluten Ressourcenverbrauch in der EU zu senken?*

Ja. DIE LINKE fordert die Einführung einer Kohlenstoffsteuer (Carbon Tax), die alle Industriezweige bzw. Branchen umfasst. Durch diese wird das Problem an der Wurzel gepackt: Die Externalisierung der Kosten des

Klimawandels wird effektiv unterbunden und umweltschonende Technologien und Produkte werden im Vergleich zu ihren schädlichen Konkurrenten attraktiver. Weiter wollen wir den Vorrang öffentlicher und genossenschaftlicher Eigentumsformen in der Daseinsvorsorge durchsetzen. Dienstleistungen sind für den Bedarf der Menschen da, nicht, damit Unternehmen Profite machen.

Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

Setzen Sie sich gemäß der europäischen Abfallhierarchie für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung in der EU-Ökodesignrichtlinie ein?

Ja. Lang haltbare Produkte machen wir attraktiver, auf nicht erneuerbare Rohstoffe und Einwegverpackungen werden Abgaben erhoben. Wir wollen Produkte und Geräte, die von hoher Qualität sind, eine lange Lebensdauer besitzen, reparierbar sind und deren Komponenten weitgehend wieder- oder weiterverwendet werden können.

Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und für die Einführung von Verursacherabgaben einsetzen?

Ja. Es braucht in der EU eine öffentliche Emissionsbremse! Anstatt wie geplant bis 2020 keine fossilen Energieträger mehr zu subventionieren, fließen Milliarden an Subventionen in den Transportsektor, vor allem über Steuererleichterungen wie das Dieselpprivileg oder beim Flugverkehr. Öffentliches Geld darf nicht mehr in Konzerne investiert werden, die Geschäfte mit fossilen Energieträgern machen. Wir wollen keine neue fossile Infrastruktur. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden – bürgernah. Atomkraft und Fracking erteilen wir eine Absage.

Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss das Instrument sein, das eine nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft in Europa ermöglicht. Nach dem Prinzip „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen“ muss sie den Schutz von Natur, Biodiversität, Klima, Boden, Luft, Wasser und Tieren sicherstellen und somit auch dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, zu der sich die EU verpflichtet hat.

Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein, die die Leistungen einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft deutlich stärker honoriert, artgerechte Tierhaltung fördert und umweltschädliche Subventionen beendet?

Ja, DIE LINKE hat das bereits für die laufende Förderperiode gefordert und hält weiter ein Umdenken in der Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik für notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass Zahlungen sowohl in der Ersten (verpflichtend) als auch in der Zweiten Säule (freiwillig) an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden. Eine sozial-ökologische Ausrichtung der Agrarpolitik bedeutet für DIE LINKE aber auch, die Exportorientierung auf den unregulierten Weltagrarmarkt endlich aufzugeben und stattdessen die regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung mit all ihren Strukturen angemessen zu fördern. Dabei muss die Produktion kostendeckend und der endgültige Verkaufspreis sozialverträglich sein. Dafür ist es nötig, Profite innerhalb der Wertschöpfungskette bei Schlachtung und Lebensmittelhandel zu drosseln. Die

Profitmaximierung von Großkonzernen darf weder zulasten der Landwirt*innen, noch zulasten von Umwelt und letztendlich auch den Verbraucher*innen gehen. Für DIE LINKE hängt eine sozial-ökologische Landwirtschaft nicht von der Größe eines Betriebes sondern vom Geschäftsmodell ab. Insbesondere Agrargenossenschaften wollen wir fördern, während wir landwirtschaftsfremde Investor*innen von der Agrarförderung ausschließen wollen.

Landwirtschaft

Unterstützen Sie eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden?

Ja. DIE LINKE will eine Minimierungsstrategie für Pflanzenschutzmittel und eine Stärkung alternativer und präventiver Konzepte. Zwei Voraussetzungen müssen dafür gegeben sein: Zum einen dürfen Landwirt*innen aufgrund eines unregulierten Marktes, der die Profitinteressen von einigen wenigen Großkonzernen widerspiegelt, nicht mehr gezwungen sein, möglichst viel zu möglichst niedrigen Erzeuger*innenpreisen zu produzieren, weil dies Ausbeutung von Mensch und Natur bedeutet. Zum anderen fordert DIE LINKE schon lange eine Änderung des EU-Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittelwirkstoffe. Eine unabhängige und transparente Bewertung von Gefahren und Risiken der Wirk- und Beistoffe hinsichtlich kurz- und langfristiger Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt muss nach dem Vorsorgegrundsatz zuverlässig verhindern, dass gefährliche Wirk- und Beistoffe in Pflanzenschutzmitteln zugelassen werden.

Landwirtschaft

Werden Sie für die Erhaltung des EU-Gentechnikrechts und die Regulierung neuer Gentechnikverfahren sorgen, um Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu gewährleisten?

Ja, für DIE LINKE ist das Vorsorgeprinzip als quasi Verfassungsgrundsatz in der EU unantastbar. Neuartige Verfahren wie CRISPR/CAS sind aus Sicht der LINKEN wie agrogentechnische Verfahren zu bewerten, die nicht gebraucht und deshalb abgelehnt werden. Die Koexistenz von Agrogentechnik und konventioneller bzw. ökologischer Landwirtschaft hat sich wie erwartet als Märchen erwiesen, wie immer wieder Zwischenfälle beweisen, oder ist mit immensen volkswirtschaftlichen Kosten für die vollständige Trennung vom Saatgut bis zur Ladentheke verbunden. Das Risiko einer ungewollten Verbreitung in die Natur, in die Lebensmittelkette und in die Imkerei steht in keinem Verhältnis zu dem oft nur behaupteten Nutzen. Im Wesentlichen biologische Züchtungsmethoden und ihre Produkte sollen verlässlich vom Patentrecht ausgeschlossen sein. Es darf kein Patent auf Leben geben. Solange die Einfuhr von agrogentechnischen landwirtschaftlichen Produkten nicht verboten ist, unterstützt DIE LINKE die Kennzeichnung „ohne Gentechnik gefüttert“. Allerdings sehen wir sehr kritisch, dass der Anbau agrogentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland zwar derzeit verboten ist, nicht aber ihr Import als Lebens- oder Futtermittel. Wenn etwas zu gefährlich ist, um es hier anzubauen, muss das auch für den Anbau weltweit gelten, d.h. auch der Import von diesen Pflanzen und ihren Produkten kann nicht zugelassen werden.

Naturschutz und Biodiversität

In Europa sind fast ein Viertel aller wildlebenden Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Lediglich für die Hälfte der zum Schutz gefährdeter Arten und Habitate eingerichteten Natura-2000-Schutzgebiete

existieren Bewirtschaftungspläne mit Erhaltungszielen und -maßnahmen. Die EU hat sich verpflichtet, den Biodiversitätsverlust und die Verschlechterung der Ökosysteme und ihrer Leistungen bis 2020 zu stoppen sowie geschädigte Ökosysteme soweit wie möglich wiederherzustellen. Diese Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie wird die EU allerdings nicht erreichen.

Stehen Sie dafür ein, dass die EU mehr Anstrengungen unternimmt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und insbesondere der mangelnden Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie in den Mitgliedstaaten zu begegnen?

Ja. Wir wollen die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie durchsetzen. Erforderlich eine strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips bei der Regulierung von hormonschädlichen Stoffen und eine Chemikalienpolitik, die die Gesundheit des Menschen in den Vordergrund stellt. Fördermittel in der Landwirtschaft darf es nur noch für konkrete gesellschaftliche Leistungen, die Einhaltung anspruchsvoller sozialer, ökologischer und Tierschutz-Kriterien und einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung geben. Wir setzen uns für eine antibiotika- und glyphosatfreie Landwirtschaft ein.

Naturschutz und Biodiversität

Setzen Sie sich für die Erhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und deren vollständige Umsetzung in allen Mitgliedstaaten ein?

Ja. Erforderlich ist eine konsequente und vollständige Umsetzung der EU-Wasserrahmen- und Nitratrichtlinie, um einen guten ökologischen Gewässerzustand zu erreichen. Wir fordern eine staatliche Umweltüberwachung statt unverbindlicher Selbstverpflichtungen der Industrie (wie z. B. EMAS).

Naturschutz und Biodiversität

Unterstützen Sie eine zweckgebundene Naturschutzfinanzierung in Höhe von 15 Milliarden Euro, um das Schutzgebietsnetz Natura 2000 und weitere biodiversitätssichernde Maßnahmen zu finanzieren?

Ja. Wir fordern einen EU-Naturschutzfonds für die Finanzierung von NATURA-2000 und Förderung von weiteren Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt einrichten. Das LIFE-Programm muss auf ein Prozent des EU-Haushalts aufgestockt werden, da es sich als effektiv für die Verbesserung des Zustandes von Natur und Umwelt erwiesen hat.

Umwelt und Gesundheit

*Die Gefahr von Schadstoffen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ist eine der großen Herausforderungen, die wir dringend in Angriff nehmen müssen. Gefährliche Stoffe in Produkten müssen konsequent nach dem Vorsorgeprinzip reguliert werden und dürfen nicht in den Recyclingkreislauf gelangen. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten, inklusive Verbraucher*innen, müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen über die verwendeten Materialien bekommen.*

Setzen Sie sich für eine strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und einer entsprechend konsequenten Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH ein?

Ja. Erforderlich ist eine Chemikalienpolitik, die die Gesundheit des Menschen in den Vordergrund stellt. Fördermittel in der Landwirtschaft darf es nur noch für konkrete gesellschaftliche Leistungen, die Einhaltung anspruchsvoller sozialer, ökologischer und Tierschutz-Kriterien und einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung geben.

Umwelt und Gesundheit

Engagieren Sie sich für eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen in verbrauchernahen Produkten?

Ja. Wir benötigen eine strikte Einhaltung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips bei der Regulierung von hormonschädlichen Stoffen und wir setzen uns für eine antibiotika- und glyphosatfreie Landwirtschaft ein. DIE LINKE hält die gesundheitlichen und ökologischen Risiken von Glyphosat für nicht ausgeräumt und hat deshalb gemäß des Vorsorgegrundsatzes die erneute Zulassung abgelehnt.

Umwelt und Gesundheit

Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die eine für Mensch und Umwelt gefahrlose Wiederverwendung von Materialien ermöglicht?

Ja. DIE LINKE diskutiert die Einführung einer Ressourcenverbrauchsabgabe auf Primärrohstoffe, die durch die Hersteller gezahlt und durch den Lebenszyklus eines Produkts weitergereicht wird. So sollen Produkte aus Recycling-Materialien und Mehrwegprodukte im Verhältnis deutlich besser gestellt werden als Einwegprodukte und Produkte mit aufwändigem und unnützem Ressourceneinsatz. Dabei muss Ziel sein, die Verbraucher nicht mehr zu belasten, sondern den Anreiz auf ökologisch nachhaltige Produkte zu lenken.